

und Opfer. Verzichten und opfern müssen wir wohl dann, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir müssen dann verzichten auf sauberes Wasser und saubere Luft, auf fruchtbaren Boden und all das, was zu den elementaren Lebensgrundlagen gehört. Wenn wir so weiter machen, müssen wir auch verzichten auf jene Art von Sicherheit, dass es zu keinen Kriegen, zu keinen Terroranschlägen und zu keiner rechtsextremen Gewalt kommt. Es wird also entscheidend für uns und für das Leben unserer Kinder, ob wir selbst spüren und spüren lassen, dass wir durch Schritte der Selbstbeschränkung nicht verlieren, sondern hoffnungsvolle Handlungsperspektiven gewinnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir in unserem Leben möglichst Beispiele dafür geben, dass wir durch Teilen nicht ärmer geworden sind, sondern sich dadurch das Leben mehrt.

Natürlich ist das alles nichts so Großartiges, was wir mit unserem Projekt im Kleinen versuchen

bzw. verwirklichen. Aber es ist ja so, dass es ohne Kleines auch nichts Großes gibt. Und es ist eine Tatsache, dass inzwischen weltweit ganz praktisch schon viel Richtiges, Neues geschieht. Leider wird es oft gar nicht bemerkt, dass die Ideen von einer anderen, besseren Welt und die Arbeit an deren praktischen Umsetzung, an der Tagesordnung sind. Aber es gibt sie, diese Menschen, Gruppierungen, Netzwerke, weltweit und mächtig und unaufhaltsam wachsend.

*Michael Schmid ist Mitglied des Versöhnungsbundes und der DFG-VK, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Lebenshauses und Mitglied in der Forum Pazifismus-Redaktion.*

*Der (für die Veröffentlichung hier leicht gekürzte) Text ist das Manuskript eines Vortrags bei der Tagung »Mit Jesus und Gandhi den Fundamentalismus überwinden« Ende Februar/Anfang März in der Evang. Akademie Bad Boll.*



**Kai-Uwe Dosch**

## **Doppelte Verantwortung**

### **Schwierige Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und Palästina**

32

**I**n diesem Jahr begeht der Staat Israel den 60. Jahrestag seiner Gründung. In diesem Zusammenhang wird auch in Deutschland vertieft über die Geschichte und Gegenwart Israel informiert und diskutiert. Die Geschichte beginnt mit der Flucht von Juden und ihrer Vertreibung durch Deutsche aus Zentraleuropa. Sie setzt sich fort mit dem Versuch der Teilung Palästinas in zwei gegensätzliche Staaten – ähnlich wie in Deutschland damals. Doch diese Teilung stellt noch in der Gegenwart den Basiskonflikt der Region dar. Der Versuch der Lösung dieses israelisch-palästinensischen Konfliktes ist ein ständiges Auf und Ab, ein Hin und Her, das nie zu einem Ende zu kommen scheint.

Deutsche Politik muss zugleich ihre Haltung gegenüber der deutsch-jüdischen Geschichte und der israelisch-palästinensischen Gegenwart klären.

Um mit dem wichtigsten Ausgangspunkt dieser Klärung zu beginnen: Das Deutsche Reich hat zwischen 1933 und 1945 – als Staat und Gesellschaft – mit unermesslicher Gewalt Juden ermordet, ja vernichtet. Die BRD trägt – als Rechtsnachfolger – noch immer diese Schuld aus der Geschichte und deswegen eine besondere Verantwortung in der Gegenwart gegenüber Juden in Deutschland, Israel und der Welt. Wie jede Politik geschieht auch die gegenüber Israel auf beiden genannten Ebenen, auf der von Staat und Regierung einerseits und der von Gesellschaft und Bewegungen andererseits.

Deutsche (Regierungs-)Politik muss den Staat Israel und die Grundrechte aller Israelis auf Leben und Sicherheit anerkennen – auch gegen deren arabische Nachbarn. Und sie muss jeden Antisemitismus ablehnen – wie den des iranischen Präsidenten Achmedinedschad.

Es sollen zwar jetzt nicht die einen Opfer des Dritten Reiches gegen die anderen ausgespielt werden, doch dürfen sie neben den Juden auch nicht vergessen werden. Nationalsozialismus bedeutet nicht nur Rassismus oder eine »innere Angelegenheit«, er bedeutet auch Nationalismus und internationale Aggression.

Die Konsequenz aus dem Dritten Reich ist aus gutem Grund eine doppelte: Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg! Das eine ohne das andere führt zu neuer Ungerechtigkeit wie Joschka Fischers Rechtfertigung der Gewalt gegen Serben nach dem Massaker von Srebrenica zeigt. So müsste deutsche Politik die Grundrechte aller Menschen auf Leben und Sicherheit anerkennen und jede kriegerische Gewalt ablehnen.

Nun besteht anscheinend ein Widerspruch zwischen der gleichzeitigen Ablehnung des Antisemitismus von Palästinensern und der Ablehnung der Grundrechtsverletzungen der Israelis. Allerdings erkennen durchaus auch Israelis teilweise die Grundrechte der Palästinenser an und Palästinenser teilweise das Recht auf einen Staat Israel.

Deutschlands Verantwortung ist keine zur Unterstützung entweder der einen oder der anderen Gewalttätigkeiten. Sondern es ist eine doppelte Verantwortung zur Unterstützung einer vollständigen gegenseitigen Anerkennung und einer gemeinsamen Sicherheit. Dies beinhaltet eine besondere Verantwortung zur Verhinderung eines Angriffs auf Israel. Und eine allgemeine Verantwortung zum Schutz des Überlebens Palästinas.

Besondere Verantwortung für Israel bedeutet, sich da zum Anwalt von Israelis zu machen, wo ihre Rechte bedroht sind. Dies betrifft vor allem das Recht, ihre Religion auszuüben und ihr Staatswesen zu bestimmen. Wo immer z.B. Antisemitismus erscheint, muss dieser mit allen Mitteln der Politik und Diplomatie angegriffen werden. Und wo immer zum Beispiel der Staat Israel nicht anerkannt wird, muss seine Existenz verteidigt werden.

Allgemeine Verantwortung für Palästina bedeutet, für die Gleichberechtigung von Palästinenserinnen mit allen anderen Nationalitäten zu kämpfen. Ihre humanitären Grundbedürfnisse dürfen nicht aus politischer Rücksichtnahme schlechter berücksichtigt werden. Ihre politische Selbstbestimmung darf nicht aus militärischem Interesse weiter beschränkt werden.

Wir könnten uns als gesellschaftliche Bewegung wünschen, wir hätten die Wahl zwischen einer Likud- oder Labour-, zwischen einer Fatah- oder Hamas-Regierung, um dies zu fördern. Doch zwei Dinge sind klar: Deutsche haben diese Wahl nicht, sondern nur Israelis und PalästinenserInnen selbst. Und zweitens wäre beides jeweils nur die Wahl ei-

nes kleineren Übels, nicht der gerade Weg zum Frieden. Unsere uneingeschränkte Unterstützung verdient (und benötigt) nur die radikaldemokratische oder pazifistische Opposition – hier wie da.

Es gibt eine Friedensbewegung in Israel: Ihre Bandbreite reicht von moderaten SozialdemokratInnen über arabische SozialistInnen bis zu radikalen AnarchistInnen, von der Ablehnung der Besatzung über deren selektive Verweigerung bis zur totalen Ablehnung und Verweigerung alles Militärischen. Vor allem pazifistische Positionen benötigen ideelle Anerkennung gegenüber der offiziellen israelischen Politik, die sie versucht zu ignorieren.

Es gibt auch eine Friedensbewegung in Palästina: Sie arbeitet weniger antimilitaristisch und oppositionell, da sie mit der Regierung in der grundsätzlichen Forderung nach Anerkennung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung übereinstimmt, da sie sich stärker auf die humanitäre Aktivitäten konzentriert und da sie deutlich unsicherer und gefährlicher lebt. Vor allem die Versöhnungsarbeit benötigt finanzielle und materielle Unterstützung.

Sowohl die deutsche Regierung als auch die deutsche Friedensbewegung muss also keine (falsche) Entscheidung treffen zwischen „Israel“ und „Palästina“. Doppelte Verantwortung und simples Engagement für die Rechte der Menschen auf beiden Seiten der „Mauer“ ist der Weg zum Frieden.

*Kai-Uwe Dosch ist Mitglied der DFG-VK und der Forum Pazifismus-Redaktion.*



## Wolfram Wette

# Wegen Kriegsverrats verurteilte Wehrmacht-Soldaten endlich rehabilitieren!

## Stellungnahme vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages

**D**ie übergreifende Erkenntnis, die auch bei der Erörterung des Themas Kriegsverrat zu berücksichtigen ist, hat der Deutsche Bundestag am 15. Mai 1997 selbst formuliert und beschlossen. Diese Erkenntnis lautet: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.«

Was bedeutet dieser Satz für unser Thema, also für die wegen Kriegsverrats verurteilten Wehrmachtsoldaten? Er bedeutet folgendes: Jeder deutsche Soldat, der sich diesem von Deutschland verschuldeten Verbrechen zu verweigern, zu entziehen oder sein Ende zu beschleunigen versuchte, verdient unseren Respekt und unsere Anerken-

nung. An dieser Grundlinie orientierte sich die bisherige Rehabilitierungspolitik des Deutschen Bundestages. Das Parlament hob die allermeisten Urteile der NS-Militärjustiz und des Volksgerichtshofs auf: Also die gegen Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer, Deserteure und die wegen befehlswidriger »Übergabe an den Feind« ergangenen Urteile, die unter die Rubrik der Feindbegünstigung fielen. Im zivilen Bereich wurden die Urteile gegen Landesverräter und Spione aufgehoben, was häufig vergessen wird.

Die Menschen, die wegen dieser Straftatbestände verurteilt wurden, haben also ihre Anerkennung als Widerständige bereits gefunden. Es wurde anerkannt, dass der »kleine Mann« in der Uni-